

Resolution des Kongresses 2015 des Mouvement Ecologique

Fir eng lieweg Bedeelegungskultur u politesche Prozesser fir all BiergerInnen

Seit seiner Gründung engagiert sich der Mouvement Ecologique konsequent für eine verstärkte Bürgerbeteiligung. Dies aus einer Vielzahl von Beweggründen. Bürgerbeteiligung ist essentiell, damit u.a.

- politische Entscheidungen im Hinblick auf die Umgestaltung der Gesellschaft u.a. im Sinne der nachhaltigen Entwicklung gemeinsam erarbeitet werden und auch dadurch an Akzeptanz gewinnen;
- Wissen und Interessen der BürgerInnen ausreichend einbezogen werden können;
- ein Austausch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen stattfinden kann und
- verstärkt ein konstruktiver Diskurs zwischen Politik und BürgerInnen stattfindet.

Der Mouvement Ecologique stellt fest, dass die Regierung im Rahmen des Koalitionsabkommens mit dem Anspruch angetreten ist, einen realen Qualitätssprung in der Informationspolitik der Regierung sowie der Beteiligungskultur zu gewährleisten.

Fakt ist jedoch, dass 15 Monate nach Regierungsantritt dieser Demokratisierungsprozess noch in den Kinderschuhen steckt, . Wohl werden in verschiedenen Politikbereichen verstärkt Informationsveranstaltungen für BürgerInnen organisiert (so z.B. im Umwelt- und Landesplanungsbereich) und der Austausch zwischen Ministerien und Zivilgesellschaft wohl auch z.T. verbessert. Die Mitte des Jahres stattfindenden Referenden sind in diesem Zusammenhang sicherlich ein Instrument der Bürgerbefragung und insofern sinnvoll.

Daneben gilt es jedoch in der Alltagskultur und in gängigen gesellschaftlichen Prozessen die direkte Beteiligung erheblich auszubauen. Eine der Voraussetzungen dafür ist u.a. eine Förderung der politischen Bildung im Sinne einer "éducation à la citoyenneté" sowohl im schulischen wie auch im informellen Bildungsbereich.

Und hier ist die Regierung weit von denen von ihr selbst gesteckten Zielen entfernt eine reelle Beteiligungskultur sowie einen Paradigmenwechsel in der "gouvernance" des Staates zu gewährleisten.

Der Kongress des Mouvement Ecologique fordert die Regierung auf generell einen Paradigmenwechsel in der Beteiligungskultur sowie der Demokratiegestaltung zu gewährleisten, u.a. indem sie:

- ein «**Maßnahmen-Paket**» mit konkretem Zeitplan vorlegt, wie sie den **Demokratisierungsprozess** in Luxemburg vorantreiben will;
- **strukturelle Reformen im Sinne von mehr Transparenz und Demokratie** vornimmt, u.a. durch die seit Jahren versprochene Reform des "Staatsrates", eine Aufwertung der

beratenden Gremien der Regierung (im Sinne, dass deren Gutachten veröffentlicht und kommentiert werden), die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum "cong  associatif", einem "Monitoring" des Whistleblowergesetzes, der verstärkten Fortbildung von Staats- /und Gemeindefunktionären im Bereich der Bürgerbeteiligung... Diese Reformen erscheinen dem Mouvement Ecologique ebenso so wichtig, wenn nicht wichtiger, wie eine Begrenzung der Mandatsdauer von Ministern. Demokratiedefizite bzw. evtl. Strukturprobleme hängen nicht a priori von der Mandatsdauer der politischen Ämter ab, sondern in weitaus stärkerem Ausmaß von den genannten Reformen. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstehen würde, mit der Begrenzung wäre eine demokratische Umgestaltung des Staates erfolgt.

- die **direkten Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen substanziell ausgebaut werden**, u.a. mittels folgender Instrumente:

- * Ausbau der Beteiligungsrechte innerhalb von bestehenden Gesetzgebungen (z.B. im Rahmen des Gesetzes betreffend der Flächennutzungsplanung in den Gemeinden ( tude préparatoire des PAG), der Kommodo-Inkommodo-Gesetzgebung (Einspruchsmöglichkeiten, verstärkte Schaffung von Begleitgremien));

- * der verstärkten Ausbildung von Moderatoren für Bürgerbeteiligungsprozesse / Diskussionsveranstaltungen;

- * der Gewährleistung eines systematischen Austauschs zwischen Akteuren bei wesentlichen Dossiers (Bsp. Plan für ländliche Entwicklung)

- * die Erstellung eines Aktionsplanes « Förderung bürgerschaftlichen Engagements und politischer Bildung als Priorität für ein neues Gesellschaftsmodell ».

- * GezielterFörderung der Beteiligung *aller* BürgerInnen (Bevölkerungsschichten, Altersklassen...) und somit auch der ausländischen MitbewohnerInnen .

Der Ausbau des Wahlrechtes - unter den von der Regierung genannten Bedingungen - ist dabei *eine* der sinnvollen Maßnahmen: insofern spricht sich der Mouvement Ecologique für ein Ja zum aktiven Einwohnerwahlrecht im Rahmen des Referendums aus - dies im Sinne der sozialen Kohäsion und einer demokratischeren Politikgestaltung. Die Hälfte der EinwohnerInnen darf nicht a priori von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, zumal wenn BürgerInnen bereits Ihr Interesse an den Wahlen geäußert haben (mittels Einschreiben auf den Wahllisten bei Europa- oder Kommunalwahlen).

Die Beteiligungskultur im Sinne ausländischer EinwohnerInnen darf jedoch nicht dabei Halt machen: weitere Instrumente (z.B. Ausbau von Sprachkursen, Vielfalt an Sprachen im Rahmen von öffentlichen Bürgerbeteiligungsprozessen...) müssen ergriffen werden.

- **Förderung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung im Generellen sowie die Partizipationskultur der Jugendlichen im Besonderen, dies sowohl im schulischen wie außerschulischen Bereich im Hinblick auf ein gesellschaftliches Engagement.**

Gleichzeitig sollten die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen sowohl in der Schule wie auch in den Gemeinden ausgebaut werden, um ihnen somit einerseits konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen und ihnen zu erlauben, mittels partizipativer Prozesse konkrete Erfahrungen zu sammeln. In diesem Zusammenhang kann die Möglichkeit sich auf Wahllisten einzuschreiben, für interessierte Jugendliche eine sinnvolle Maßnahme darstellen. **Insofern spricht sich der Mouvement Ecologique für das Wahlrecht von Jugendlichen ab 16 Jahren aus.**

- einen **breit aufgestellten Zukunftstisch**, unter der Federführung des Staatsministeriums, zu organisieren in dem zentrale Fragen der Zukunftsgestaltung Luxemburgs diskutiert werden (neben der Einbindung klassischer Akteure sowie der Zivilgesellschaft gilt es dabei auch die breite Bevölkerung über gezielte Beteiligungsformen anzusprechen):

der Staatsminister umgehend einen **reformierten Text des Gesetzesprojektes zum “droit à l’information” vorlegt**, der höchsten demokratischen Ansprüchen gerecht wird (und nicht wie der bis dato bekannte Entwurf, der eher die Verwaltung vor vermeintlich übertriebenen Anfragen schützt);

- der für die **«réforme administrative»** zuständige Innenminister und die gesamte Regierung im Rahmen der Fortführung dieser Reform auch verstärkt **Vereinfachungen im Sinne der BürgerInnen umsetzt bzw. Bürgerrechte stärkt** (so wie dies z.B. in Frankreich im Rahmen des «Code des relations entre le public et les administrations» erfolgt).